Unterrichtung

durch den Präsidenten des Landtags

Unterrichtungen nach Artikel 67 Abs. 4 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Angelegenheiten der Europäischen Union i. V. m. § 54 b GO

**hier: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/126/G über Dienstleistungen im Binnenmarkt, zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/123/EG und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems;
KOM (2016) 821 endg.**

Die Landesregierung hatte den Landtag am 17. Januar 2017 über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/126/G über Dienstleistungen im Binnenmarkt, zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/123/EG und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems gemäß Artikel 67 Abs. 4 der Verfassung des Freistaats Thüringen i. V. m. § 54 b GO unterrichtet.

Gemäß § 54 b Abs. 1 Satz 1 GO wurde das Frühwarndokument (als Vorlage 6/2048 NF) an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien überwiesen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien hat den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft gemäß § 54 b Abs. 1 Satz 3 GO um Mitberatung zu o. g. Frühwarndokument ersucht (Vorlage 6/2078).

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft hat die Vorlage in seiner 30. Sitzung am 16. Februar 2017 in öffentlicher Sitzung beraten und empfiehlt dem Ausschuss für Europa, Kultur und Medien, gegenüber der Landesregierung auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen (Vorlage 6/2163).

Der Ausschuss für Europa, Kultur und Medien hat die Vorlage in seiner 31. Sitzung am 17. Februar 2017 in öffentlicher Sitzung beraten und folgenden Beschluss gefasst:

Unterrichtung gemäß § 54 b Abs. 3 Satz 2 GO

"Der Landtag bittet die Landesregierung, bei den Beratungen im Bundesrat zum "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/126/G über Dienstleistungen im Binnenmarkt, zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/123/EG und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems" auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass der Beschluss des Bundesrats diesen Bedenken Rechnung trägt.

Der Landtag begrüßt das mit dem Richtlinienvorschlag verfolgte Ziel, Hindernisse bei der Ausübung der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit abzubauen, die durch unverhältnismäßige nationale Berufsreglementierungen entstehen. Der Vorschlag berührt auch die Gesetzgebungskompetenzen der Länder und die Satzungsbefugnis der Kommunen in diesem Bereich.

Der Landtag hält hierfür einen Ansatz zur Straffung und zur Stärkung der Effizienz des bestehenden nachträglichen Notifizierungsverfahrens für grundsätzlich geeignet. Es bestehen jedoch Zweifel, ob das vorgeschlagene präventive Notifizierungsverfahren im Einklang mit den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit steht, soweit der Vorschlag eine Stillhaltefrist für den Erlass von nationalen Maßnahmen und ein Vetorecht der Kommission in Form von Unvereinbarkeitsbeschlüssen vorsieht.

Aus Sicht des Landtags bedarf es einer eingehenden Prüfung, ob der Vorschlag auf die angegebene Rechtsgrundlage gestützt werden kann, da diese lediglich zum Erlass von Maßnahmen zur Koordinierung und Rechtsangleichung ermächtigen. In diesem Zusammenhang weist der Landtag auch darauf hin, dass der Vorschlag das primärrechtlich ausgestaltete Kompetenzgefüge nicht wesentlich verändern darf, wonach es grundsätzlich dem Europäischen Gerichtshof vorbehalten ist, über die Vereinbarkeit nationaler Maßnahmen mit EU-Recht verbindlich zu entscheiden.

Ferner darf der Vorschlag aus Sicht des Landtags nicht über das zur Zielerreichung erforderliche Maß hinausgehen. Soweit die Kommission ermächtigt werden soll, den Erlass nationaler, regionaler oder lokaler Reglementierungsmaßnahmen für drei Monate verhindern zu können, bestünde die Gefahr, dass dringende Reformen über Gebühr verzögert würden. Der Landtag befürchtet, dass europäische Regelungen, die sich derart erschwerend auf das Rechtssetzungsverfahren des Bundes, der Länder und der Kommunen auswirken können, in erster Linie als Hemmnis wahrgenommen werden und damit die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für das europäische Projekt verringern.

Der Landtag übermittelt diesen Beschluss direkt an die Europäische Kommission."

Carius
Präsident des Landtags